

Satzung des Verbands Region Stuttgart



vom	19. Oktober 1994,
geändert am	14. Juni 1995, 18. Oktober 1995, 13. März 1996, 16. Oktober 1996, 1. April 1998, 16. Dezember 1998, 7. Dezember 1999, 12. Dezember 2001, 17. Dezember 2003, 15. September 2004, 26. Oktober 2016, 18. September 2019, 11. Dezember 2019 und 28. April 2021
aktueller Stand	28. April 2021

Inhalt:

§ 1	Verfassung des Verbands.....	1
§ 2	Regionalversammlung.....	1
§ 3	Verbandsvorsitzende/r	2
§ 3a	Durchführung von Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum	2
§ 4	Beschließende Ausschüsse	2
§ 5	Allgemeine Zuständigkeiten der beschließenden Ausschüsse.....	3
§ 6	Zuständigkeiten des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung.....	3
§ 7	Zuständigkeiten des Planungsausschusses	4
§ 8	Zuständigkeiten des Verkehrsausschusses.....	4
§ 9	Ältestenrat	5
§ 10	Regionaldirektor	5
§ 11	Bedienstete für eine Tätigkeit in leitender Stellung	5
§ 12	Verkehrsumlage*	5
§ 13	Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen.....	6

§ 1 Verfassung des Verbands

Organe des Verbands sind die Regionalversammlung, der Verbandsvorsitzende und der Regionaldirektor.

§ 2 Regionalversammlung

- (1) Die Regionalversammlung legt die Grundsätze für die Verwaltung des Verbands fest und entscheidet über alle Angelegenheiten des Verbands, soweit nicht der Verbandsvorsitzende oder der Regionaldirektor zuständig sind oder die Regionalversammlung dem Regionaldirektor bestimmte Angelegenheiten überträgt. Die Regionalversammlung überwacht die Ausführung ihrer Beschlüsse.
- (2) Die Mitglieder der Regionalversammlung sind ehrenamtlich tätig. Für ihre Rechtsverhältnisse gelten die für die Gemeinderäte maßgebenden Vorschriften und § 35 Abs. 7 Satz 3 des Landesplanungsgesetzes entsprechend. Im Übrigen findet § 18 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2 Nr. 1 der Gemeindeordnung keine Anwendung, wenn die Entscheidung wegen der Wahrnehmung einer Aufgabe des Verbands eine Gemeinde oder einen Landkreis in der Region Stuttgart betrifft oder wenn die Entscheidung gesetzliche Verpflichtungen der Gemeinden oder Landkreise betrifft, die nach gleichen Grundsätzen für die betroffenen Gemeinden oder Landkreise festgesetzt werden.

§ 3 Verbandsvorsitzende/r

- (1) Der Verband Region Stuttgart hat eine/n ehrenamtlich tätige/n Verbandsvorsitzende/n.
- (2) Der/Die Verbandsvorsitzende wird von der Regionalversammlung unter Leitung des an Lebensjahren ältesten Mitglieds aus ihrer Mitte gewählt. Er/Sie wird unmittelbar nach seiner/ihrer Wahl von dem an Lebensjahren ältesten Mitglied auf die gewissenhafte Erfüllung seiner/ihrer Amtspflichten verpflichtet.
- (3) Die Regionalversammlung wählt aus ihrer Mitte zwei Stellvertreter/innen für die/den Verbandsvorsitzende/n in der Reihenfolge ihrer Stellvertretung.

§ 3a Durchführung von Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum

- (1) Der/Die Verbandsvorsitzende kann notwendige Sitzungen der Regionalversammlung ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum bei Gegenständen einfacher Art sowie bei anderen Gegenständen, wenn die Sitzung aus schwerwiegenden Gründen nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, einberufen, sofern eine Beratung und Beschlussfassung durch zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton mittels geeigneter technischer Hilfsmittel, insbesondere in Form einer Videokonferenz, möglich ist. Die Voraussetzungen für die Durchführung dieser Sitzungen richten sich nach den Bestimmungen des § 37 a Abs. 1 und 2 GemO entsprechend.
- (2) Für Sitzungen der beschließenden und beratenden Ausschüsse der Regionalversammlung gelten die Regelungen des Abs. 1 entsprechend.

§ 4 Beschließende Ausschüsse

- (1) Als beschließende Ausschüsse werden gebildet
 1. der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung,
 2. der Planungsausschuss und
 3. der Verkehrsausschuss.
- (2) Der Planungsausschuss, der Verkehrsausschuss und der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung bestehen jeweils aus dem/der Verbandsvorsitzenden und 32 weiteren aus der Mitte der Regionalversammlung zu wählenden Mitgliedern. Für die Mitglieder ist eine entsprechende Anzahl allgemeiner Stellvertreter (Fraktionsstellvertreter) zu bestellen. Von Fall zu Fall werden sachverständige Personen als beratende Mitglieder herangezogen.
- (3) Die Regionalversammlung kann den Ausschüssen allgemein oder im Einzelfall Weisungen erteilen, jede übertragene Aufgabe wieder an sich ziehen und Beschlüsse, solange sie noch nicht vollzogen sind, ändern oder aufheben.
- (4) Ein Viertel aller Mitglieder eines Ausschusses kann eine Angelegenheit der Regionalversammlung zur Beschlussfassung unterbreiten, wenn sie für den Verband Region Stuttgart von besonderer Bedeutung ist.

- (5) Der Regionalversammlung sind die in § 15 Abs. 2 des Gesetzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart genannten Entscheidungen vorbehalten, insbesondere Beschlüsse zu Maßnahmen, die sich erheblich auf den Haushalt des Verbands auswirken.

§ 5 Allgemeine Zuständigkeiten der beschließenden Ausschüsse

- (1) Die beschließenden Ausschüsse entscheiden im Rahmen ihrer Zuständigkeit an Stelle der Regionalversammlung.
- (2) Den beschließenden Ausschüssen werden die in den §§ 6 bis 8 bezeichneten Aufgabengebiete zur dauernden Erledigung übertragen. Berührt die Angelegenheit die Zuständigkeit mehrerer Ausschüsse, so ist der Ausschuss zuständig, dessen Aufgabengebiet überwiegend betroffen ist. Ist zweifelhaft, welcher Ausschuss im Einzelfall zuständig ist, ist die Zuständigkeit des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung gegeben.
- (3) Widersprechen sich die Beschlüsse von zwei oder mehr beteiligten beschließenden Ausschüssen, so hat der/die Verbandsvorsitzende eine Entscheidung der Regionalversammlung herbeizuführen.
- (4) Die beschließenden Ausschüsse sind innerhalb ihres Geschäftskreises zuständig für die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan.

§ 6 Zuständigkeiten des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung

- (1) Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung ist zuständig für die
1. Vorberatung der Satzungen, Haushaltssatzungen mit Haushaltsplan und evtl. erforderlicher Nachtragssatzungen,
 2. Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben, wenn sie erheblich sind und ohne dass eine Nachtragssatzung erforderlich ist sowie Kenntnisnahme von Ausgaben solcher Art, die unerheblich sind,
 3. Vorberatung der Jahresrechnungen,
 4. Bildung von Haushaltsresten über 55.000 € im Einzelfall,
 5. Ernennungen und Entlassungen von Beamten des höheren Dienstes sowie Einstellungen auf unbestimmte Zeit und Entlassungen von Beschäftigten ab Entgeltgruppe 13 TVöD,
 6. Abfallentsorgung nach Maßgabe des Landesabfallgesetzes,
 7. regionalbedeutsame Wirtschaftsförderung und
 8. regionales Tourismusmarketing.
- (2) Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung ist, sofern nicht die Angelegenheit wegen ihrer besonderen Bedeutung in die Zuständigkeit der Regionalversammlung fällt, ferner zuständig für die laufende Beobachtung und Beratung der für das Verbandsgebiet wichtigen Entwicklungen, Maßnahmen und Entscheidungen in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht. Er kann der Vertreterin oder dem Vertreter des Verbands in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH Weisungen erteilen, wenn es sich um wichtige Angelegenheiten handelt.

§ 7 Zuständigkeiten des Planungsausschusses

- (1) Der Planungsausschuss bereitet die Verhandlungen der Regionalversammlung über die Aufstellung, Fortschreibung und sonstige Änderung des Regionalplans vor durch
1. die regelmäßige Beratung über den Stand und den Fortgang der Arbeiten am Regionalplan und dessen Fortschreibung und
 2. die laufende Beobachtung und Beratung der für das Verbandsgebiet wichtigen Entwicklungen, Maßnahmen und Entscheidungen.
- Er ist in dieser Angelegenheit i.S. von § 38 Landesplanungsgesetz beratend tätig. Gleiches gilt für die Aufstellung, Fortschreibung und sonstige Änderung des Landschaftsrahmenplans sowie die Konzeption und Planung eines Landschaftsparks Mittlerer Neckar.
- (2) Der Planungsausschuss ist, sofern nicht die Angelegenheit wegen ihrer besonderen Bedeutung in die Zuständigkeit der Regionalversammlung fällt, zuständig für die
1. Entscheidungen über Stellungnahmen zu
 - a. Entwicklungsplänen des Landes,
 - b. Regionalplänen benachbarter Regionalverbände,
 - c. Flächennutzungsplänen und regionalbedeutsamen Bebauungsplänen der Städte und Gemeinden,
 - d. regionalbedeutsamen sonstigen Planungen öffentlicher und privater Planungsträger und
 2. Mitwirkung an fachlichen Entwicklungsplänen und sonstigen raumbedeutsamen Fachplanungen des Landes.
 3. Entscheidungen i.S. von § 5 a Gesetz über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart und i.S. von § 20 Landesplanungsgesetz.

§ 8 Zuständigkeiten des Verkehrsausschusses

Der Verkehrsausschuss ist zuständig für

- a. die Regionalverkehrsplanung und
- b. die Angelegenheiten des regionalbedeutsamen öffentlichen Personennahverkehrs.
- c. die Koordinierung und Förderung eines regionalen Verkehrsmanagements und die Angelegenheiten der intermodalen Vernetzung der Verkehrsträger innerhalb des Verbandsgebietes.

Er beschließt insoweit auch über die Auswahl des Geschäftsführers der VVS GmbH, für den der Verband Region Stuttgart ein Vorschlagsrecht hat.

§ 9 Ältestenrat

Es wird ein Ältestenrat gebildet. Zusammensetzung, Aufgaben und Geschäftsgang werden in der Geschäftsordnung der Regionalversammlung geregelt.

§ 10 Regionaldirektor

- (1) Der Regionaldirektor ist für die ihm durch Gesetz übertragenen Aufgaben und für die Geschäfte der laufenden Verwaltung zuständig. Darüber hinaus werden ihm nach § 17 Abs. 4 des Gesetzes über die Errichtung des Verbandes Region Stuttgart folgende Aufgaben zur dauernden Erledigung übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:
1. Zustimmung zu unerheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben, soweit nicht eine Nachtragssatzung erforderlich ist;
 2. Entscheidungen über die Aufnahme von Krediten im Rahmen der in den Haushaltssatzungen erteilten Ermächtigungen;
 3. Bewirtschaftung der Haushaltsmittel des regionalbedeutsamen öffentlichen Personennahverkehrs unbegrenzt, soweit sie in Verträgen oder Bewilligungen festgelegt sind, im übrigen bis 165.000 € im Einzelfall;
 4. Bildung von Haushaltsresten bis 55.000 € im Einzelfall;
 5. Personalangelegenheiten, soweit nicht die Regionalversammlung oder der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung zuständig sind.
 6. Entscheidungen über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen des Verbands bis 55.000 € im Einzelfall.
- (2) Der Regionaldirektor kann die ihm übertragenen Zuständigkeiten ganz oder teilweise im Einvernehmen mit dem Verbandsvorsitzenden auf andere Bedienstete des Verbandes delegieren.

§ 11 Bedienstete für eine Tätigkeit in leitender Stellung

- (1) Der Leitende Technische Direktor beim Verband Region Stuttgart als der ständige Vertreter des Regionaldirektors im Bereich Planung und der Stellvertreter des Regionaldirektors in dessen Geschäftsbereich wird von der Regionalversammlung nach § 18 Abs. 2 des Gesetzes über die Errichtung des Verbandes Region Stuttgart gewählt. Wiederwahlen sind möglich.
- (2) Der Leitende Direktor beim Verband Region Stuttgart als der ständige Vertreter des Regionaldirektors im Bereich Wirtschaft / Infrastruktur wird von der Regionalversammlung nach § 18 Abs. 2 des Gesetzes über die Errichtung des Verbandes Region Stuttgart gewählt. Wiederwahlen sind möglich.

§ 12 Verkehrsumlage*

- (1) Die Finanzierung der Investitionskosten für die Aufgaben des Verbandes Region Stuttgart im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs nach § 3 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 3 Nr. 3 bis 5 und § 4 Abs. 1 des

Gesetzes über die Errichtung des Verbandes Region Stuttgart erfolgt nach Abzug von Zuschüssen Dritter nach folgendem Schlüssel:

Landeshauptstadt Stuttgart	24 %
Landkreis Böblingen	16,72 %
Landkreis Esslingen	16,72 %
Landkreis Göppingen	9,12 %
Landkreis Ludwigsburg	16,72 %
Landkreis Rems-Murr-Kreis	16,72 %

- (2) Die Finanzierung der Betriebs-, Verwaltungs- und sonstigen Kosten für die Aufgaben des Verbandes Region Stuttgart im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs nach § 3 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 3 Nr. 3 bis 5 und § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung des Verbandes Region Stuttgart wird von den in Abs. 1 genannten Finanzierungspartnern nach dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen am 30. Juni des zweitvorangegangenen Jahres erbracht.
- (3) Abweichend von Abs. 2 werden bei der Finanzierung der Kosten nach § 3 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 3 Nr. 3 bis 5 und § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 2 sowie Satz 2 des Gesetzes über die Errichtung des Verbandes Region Stuttgart für den Landkreis Göppingen 60 von 100 % seiner Einwohner zur Anrechnung gebracht.

* Siehe Übergangsvorschrift zu § 12 in § 13 Abs. 2.

§ 13 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) § 12 gilt erst, wenn gemäß § 4 Abs. 3 des Gesetzes über die Errichtung des Verbandes Region Stuttgart der Landkreis Göppingen in den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart einbezogen ist, jedoch frühestens zum 1. Januar 2021. Bis zur Einbeziehung bzw. bis zum in Satz 1 genannten Zeitpunkt gilt die folgende Fassung:

„§ 12 Verkehrsumlage

- (1) Die Finanzierung der Investitionskosten für die Aufgaben des Verbandes Region Stuttgart im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs nach § 3 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 3 Nr. 3 bis 5 und § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung des Verbandes Region Stuttgart erfolgt nach Abzug von Zuschüssen Dritter nach folgendem Schlüssel:

Landeshauptstadt Stuttgart	26 %
Landkreis Böblingen	18,5 %
Landkreis Esslingen	18,5 %
Landkreis Ludwigsburg	18,5 %
Landkreis Rems-Murr-Kreis	18,5 %

- (2) Die Finanzierung der Betriebs-, Verwaltungs- und sonstigen Kosten für die Aufgaben des Verbandes Region Stuttgart im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs nach § 3 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 3 Nr. 3 bis 5 und § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung des Verbandes Region Stuttgart wird von den in Abs. 1 genannten Finanzierungspartnern nach dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen am 30. Juni des zweitvorangegangenen Jahres erbracht.
- (3) Abweichend von Abs. 2 werden bei den Kosten der Verbundstufe 2 (tarifliche Vollintegration) der kommunale Anteil der Harmonisierungsverluste und der Einnahmeverluste aus dem Verkauf von Mehrfahrtenkarten des verbundweiten Gemeinschaftstarifs sowie die

Durchtarifierungsverluste und die Verluste aus dem Wegfall der Umsteigerzuschläge, die auf den Schülerverkehr mit Berechtigungsabschnitten der Landkreise entfallen, ohne Beteiligung der Landeshauptstadt finanziert.“

Bekannt gemacht im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg Nr. 86 vom 28.10.1994, die Änderungen in Nr. 51/52 vom 3.7.1995, Nr. 85/86 vom 30.10.1995, Nr. 15 vom 9.4.1996, Nr. 43 vom 21.10.1996, Nr. 13 vom 6.4.1998, Nr. 50 vom 28.12.1998, Nr. 48 vom 13.12.1999, Nr. 50 vom 31.12.2001, Nr. 50 vom 31.12.2003, Nr. 38 vom 27. 09.2004, Nr. 43 vom 04.11.2016, Nr. 37 vom 20.09.2019, Nr. 50 vom 27.12.2019 und Nr. 16 vom 30.04.2021
